

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. für Haus, bei Vorkasse 1,50 RM. wöchentlich 10 Pf. Die Postenkosten, Einschlag und Vertriebskosten sind in jedem Preis inbegriffen. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Abbestellung durch Briefkasten 1011. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Abbestellung durch Briefkasten 1011. Abbestellung durch Briefkasten 1011.

Abbestellung durch Briefkasten 1011. Abbestellung durch Briefkasten 1011. Abbestellung durch Briefkasten 1011.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 71 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postbez.: Dresden 2640 Donnerstag, den 24. März 1932

Das unterdrückte Memel.

Hast zur gleichen Stunde, als die Vertreter aller großen Kulturnationen in Weimar versammelt waren, um das Gedächtnis des Todestages Goethes feierlich zu begehen — zur gleichen Stunde, als überhaupt in der Kulturwelt dieses großen Deutschen gedacht wurde, erfolgte in Memel von neuem ein Stoß Litauens gegen das Deutschum. Als sich im Memelländischen Landtag die Mehrheit gegen das neue, nur aus Litauern zusammengesetzte Direktorium aussprach, wurde der Landtag vom Generalgouverneur aufgelöst. Das war die Antwort gleichzeitig auch auf den Schritt, den erst am vergangenen Sonnabend die vier Signatarmächte des Memelstatuts bei der litauischen Regierung getan hatten. Wäre dies Vorgehen Kownos nicht der Ausdruck für eine Politik unbedingter und rücksichtsloser Bekämpfung des Deutschums in Memeland, so müßte die ganze Welt eigentlich über diese politische Groteske lachen. Im Landtag bestanden nämlich die deutschen Parteien eine geradezu überwältigende Mehrheit und ließen sich in ihrer Abstimmung auch dadurch nicht irgendwie beeinflussen und beirren, daß naturgemäß zwischen diesen Parteien recht erhebliche politische Unterschiede vorhanden sind. Aber, gleichgültig ob Agrarpartei oder kommunistische Partei: von rechts bis links sprachen sie alle dem neuen Direktorium das Mißtrauen aus und in wenig stolzer Vereinstimmung stimmten nur die fünf litauischen Abgeordneten gegen diesen Antrag der deutschen Parteien. Man wußte im Landtag auch ganz genau, worauf es dabei ankam. Entsprechend der Haltung, die die Kownoer Regierung, ihr Generalgouverneur in Memel und die Mitglieder des neuen Direktoriums eingenommen und aller Welt deutlich genug gezeigt hatten, war ja gar nicht daran zu zweifeln, daß die Annahme des Mißtrauensvotums zur sofortigen Auflösung des Landtags führen werde. Bei der Entscheidung, die die deutschen Parteien hierüber getroffen hatten, wußten diese ebenso genau, daß die Kownoer Regierung den Memelländischen Landtag auflösen wollte, diese Auflösung also auf der Linie der von Kowno aus betriebenen Politik liege. Trotzdem hielten die Deutschen am Mißtrauensvotum fest. Für Kowno ist eine doppelte Absicht maßgebend: nach früherem Gebrauch die Neuwahl bzw. die Einberufung des künftigen Landtags möglichst weit hinauszuverschieben und die Zeit bis zur Neuwahl auf das Äußerste für eine litauisierende Werbearbeit im Memeland auszunutzen. Das ist äußerlich nicht schwer; denn in diesem sogenannten autonomen Land besteht der Belagerungs- oder vielmehr der „Kriegs“-zustand ununterbrochen seit dem Tage, als die Litauer in den damaligen Kreislauf der Memelländischen Landtage, zu dem ihnen die französischen Besatzungstruppen liebevoll und weit die Türen geöffnet hatten. Man arbeitet ungehört mit Auerbrot und Peitsche; damit man schon früher reiche Erfahrungen gemacht — nämlich die, daß das Deutschum im Memeland, wenn der Druck nachließ, immer wieder wie eine Feder emporschnellte und mit einer Handbewegung beiseite geschoben, was die Litauisierungspolitik Kownos gewaltsam aufgebaut hatte.

In ihrer vor wenigen Tagen in Kowno überreichten Note hatten die Vertreter der Signatarmächte, also Frankreich, England, Italien — Japan kümmernte sich nicht darum, weil es offenbar wichtigere Dinge zu tun hat — dem litauischen Außenminister gesagt, daß schon die Bildung des neuen Direktoriums den Genfer Erklärungen des Ministers widerspräche. Außerdem war aber in der Note noch nachdrücklich darauf hingewiesen worden, die Mächte wären der Ansicht, die Auflösung des Memelländischen Landtages siehe zu dem Beschlusse des Völkerbundrates über den Memelfreit im Widerspruch, und sie müßten dann die Frage aufstellen, ob ein solcher Schritt der litauischen Regierung nicht eine Verletzung des Memelstatuts darstelle. In ganz Deutschland wird sich nun einhellig die Forderung an die Reichsregierung erheben, die Signatarmächte nun auch zu einer tatsächlichen „Aufhebung“ jener Frage zu veranlassen. Die Note war eindeutig gewesen, hatte auch das zögernde Zugeständnis wieder zurückgenommen, den Fall des früheren Präsidenten im Memelländischen Direktorium, Dr. Völkner, nicht, wie Deutschland es wollte, vor den Internationalen Schiedsgerichtshof zu bringen, sondern es nur einem Schiedsgerichtlichen Verfahren zu unterbreiten. Auf die Note selbst aber hatte der litauische Außenminister Dr. Jannus einfach erwidert, nun würde er alle von ihm selbst gemachten Zusagen in Genuß wieder zurücknehmen, u. a. auch die, daß im Memelgebiet für den Fall neuer Landtagswahlen der Kriegszustand abgeschafft werden würde. Litauen hatte im Februar nach unerträglich langen Verhandlungen in Genuß erreicht, als es im deutschen Interesse gelegen hatte. Erfreulicherweise hat nun die Kownoer Regierung selbst das von ihr Erreichte wieder aufs Spiel gesetzt durch die Unversöhnlichkeit, mit der sie nach wie vor das deutsche Volkstum in Memeland bekämpft. Zum zweitenmal werden die dortigen Vorkommnisse aber den Völkerbundrat beschäftigen müssen, und diesmal sollte der deutsche Standpunkt mit größerer Schärfe durchgesetzt werden, als das im Februar in Genuß geschehen ist.

Litauens Rechtsbrüche.

Die ungelegliche Auflösung des Memelländischen Landtags.

Protokollschritte Deutschlands.

Die ungelegliche Auflösung des Memelländischen Landtages hat zu Protokollschritten der deutschen Regierung in Kowno, Rom, Paris und London geführt. In diesen Protokollen wird darauf hingewiesen, — und zwar in Übereinstimmung mit dem letzten gemeinsamen Schritt der Unterzeichnermächte in Kowno —, daß das Direktorium Simas im Widerspruch zum Memelstatut gebildet worden ist, da es als ein ausgesprochenes Kampfdirektorium gedacht war zu dem Zweck, den Memelländischen Landtag aufzulösen. Ungeleglich war also bereits die Bildung dieses Direktoriums; ungeleglich ist ebenso die Auflösung des Landtages.

Die Unterzeichnermächte werden weiter darauf hingewiesen, daß ihre Verantwortung für die weitere Entwicklung im Memelgebiet fortbesteht, daß die Angelegenheit Völkner das Saager Gericht beschäftigen muß, und daß endlich — was nunmehr die wichtigste Frage ist — die Neuwahlen zum Memelländischen Landtag vollkommen im Einklang mit dem Memelstatut vor sich gehen müssen und durch irgendwelche Machenschaften des Direktoriums nicht verfälscht werden dürfen.

Die Neuwahlen zum Memelländischen Landtag sind nach einer Verfügung des Gouverneurs auf den 4. Mai festgelegt worden. Gemäß § 11 der Memelkonvention werden die Wahlen zum Memelländischen Landtag auf Grund des in Litauen geltenden Wahlgesetzes durchgeführt.



Das Memelparlament.

Der Wahlterror im Memelgebiet beginnt

Berlin, 24. März. Wie die D.A.Z. aus Memel meldet, hat der Kommandant des Memelgebietes der memelländischen Landwirtschaftspartei, der größten Partei des Memelgebietes, die Abhaltung von Versammlungen vorläufig verboten. Das Verbot soll solange bestehen, bis ein „Zwischenfall“ aufgearbeitet ist, der sich am 18. März in einem Dorf bei einer Versammlung der Partei zugetragen hat. In dieser Versammlung hatte ein großlitauischer Parteimann führende Persönlichkeiten der Landwirtschaftspartei auf das schwerste beleidigt. Die Zuhörer befürchteten darauf trotz des Widerspruchs des Versammlungsleiters und des Parteivorsitzenden den großlitauischen Parteimann an die frische Luft. Der Parteivorsitzende hat gegen das vorläufige Verbot protestiert und darauf hingewiesen, daß die Vorbereitungen der Landwirtschaftspartei durch das Verbot auf das schwerste behindert werden. Außer-

Der neue Reichshaushaltplan.

Der Reichshaushaltplan für 1932, dessen Aufstellung vor dem Abschluß steht, wird in Einnahmen und Ausgaben mit etwa 8,5 Milliarden Mark ausgeglichen sein. Er wird also um etwa 800 Millionen Mark niedriger liegen, als der Haushaltplan für 1931.

Die ernste Lage der Reichsbahnfinanzen.

Zehnteljahre Tarifiermächtigungen.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wählte den seit 1926 im Amt befindlichen Generaldirektor Dr.-Ing. e. h. Dörpmüller einstimmig auf weitere drei Jahre zum Generaldirektor der

dem trage an dem „Zwischenfall“ nur der großlitauische Parteimann Schuld.

Der Wolf im Schafspelz.

Frankreichs gefährliche Hilfsbereitschaft.

Deutschland ist in seiner außenpolitischen Stellung wohl noch nie so vereinsamt und auf sich selbst angewiesen gewesen wie augenblicklich. In dieser Isolierung befindet sich aber nicht unser Land allein, sondern sie ist ein Kennzeichen für die Lage aller europäischen Staaten. Der Zug nach wirtschaftlicher Autarkie und nach Erhöhung und Erhaltung von Zollmauern bestärkt noch die Vereinzelung und Abtrennung der Nationen voneinander. Wohl werden Schlingen von einem zum anderen geworfen, aber sie fangen nicht und werden nicht zum verknüpfenden Band. Der Rückschlag gegen den Völkerbund um jeden Preis, wie er im Versailleser Vertrag verankert ist, ist augenscheinlich. Die geschichtliche Entwicklung ist, ob man es wahrhaben will oder nicht, mit Riesenschritten bereits über den papierenen „Plan“, der keinerlei Fühlung mit der Wirklichkeit hat, sondern von blindem Haß diktiert wurde, hinweggegangen. Die Fehler, die Siegerübermut, Haß und Furcht in Versailles gemacht haben, rächen sich bitter. Stein um Stein bröckelt aus den Kerkermauern, die man gegen Deutschland aufzog, ab, und aus der großen Kette um Deutschland werden viele kleinere, die sich um die einzelnen Länder legen. Das, was als Hemmung nur für Deutschland gedacht war, wird zwangsläufig Hindernis für die Entwicklung aller.

Die Zerstückelung Mitteleuropas in kleine unselbständige Staatsgebilde, die man um Deutschland herumlagerte, hat sich in seiner letzten Ausprägung ausgewirkt, und Frankreich muß sich jetzt bemühen, wie seine Donaubundpolitik zeigt, durch finanzielle Bindungen die durch Versailles gezogenen künstlichen Grenzen zu überbrücken, will es nicht seinen durch die Zersplitterung ursprünglich beabsichtigten Plan der Entfremdung Deutschlands gefährdet sehen. Die Donabaunationen beharren jetzt auf ihrer Selbständigkeit und suchen aus dem französischen vorkrieglichen Machstreben für sich möglichst große wirtschaftliche Vorteile zu ziehen. Die Kleine Entente, die bisher als französischer Vasallenbund im Donaubereich ohne regelrechte Kontrolle schaltete und waltete, scheint diesen Zustand jetzt beibehalten zu wollen, und der tschechoslowakische Außenminister Beneš hat sich sogar auffallenderweise gegen eine Lösung der Donaubrage ausgesprochen, der das Deutsche Reich nicht zustimmt. Dahinter scheint die Absicht zu stehen, Tardieu von der weiteren Verfolgung seiner Pläne abzuschrecken. Es zeigt sich, daß Frankreich noch nicht ganz sicher mit den Staaten der Kleinen Entente als Gegengewicht gegen Deutschland rechnen kann. Trotzdem wird Deutschland auf der Hut sein müssen, denn was jetzt im Donaubereich gespielt wird, ist seine eigentliche Sache. Nach Geschichte, wirtschafts- und geopolitischen Gesichtspunkten ist Deutschland der Triskalkulationspunkt für Mitteleuropa. Es wird dafür sorgen müssen, daß Frankreich nicht zum zweitenmal ein unnatürliches Staatsgebilde schafft nur unter dem Gesichtspunkt des eigenen politischen Nutzens.

Frankreich sucht jetzt die Neutralität oder die wohlwollende Zustimmung Italiens und Deutschlands zu seinem Donauplan hauptsächlich durch politische Druck- bzw. Lockmittel zu erreichen: Bei Italien durch Zugeständnisse in der Flotten- und der nordafrikanischen Frage, bei Deutschland durch Entgegenkommen in der Tribut- und Abrüstungsfrage. Unter Vivaldi war die französische Politik romantisch, unter Laval negativ und unter Tardieu hat sie feste aufbauende Formen angenommen. Das aufdringlich große Interesse, das Frankreich am Donauplan hat, ist äußerst verdächtig, denn daß es alle seine Anstrengungen nur macht, um den Donauländern wirtschaftlich zu helfen, das wird auch der ausgesprochenste Verständigungsgegner nicht behaupten wollen. Unter dem frommen Schafspelz der Hilfsbereitschaft, den Frankreich ungenommen hat, guckt nur zu deutlich der Wolf hervor, der auf Beute ausgeht.

Die Zerstückelung Mitteleuropas in kleine unselbständige Staatsgebilde, die man um Deutschland herumlagerte, hat sich in seiner letzten Ausprägung ausgewirkt, und Frankreich muß sich jetzt bemühen, wie seine Donaubundpolitik zeigt, durch finanzielle Bindungen die durch Versailles gezogenen künstlichen Grenzen zu überbrücken, will es nicht seinen durch die Zersplitterung ursprünglich beabsichtigten Plan der Entfremdung Deutschlands gefährdet sehen. Die Donabaunationen beharren jetzt auf ihrer Selbständigkeit und suchen aus dem französischen vorkrieglichen Machstreben für sich möglichst große wirtschaftliche Vorteile zu ziehen. Die Kleine Entente, die bisher als französischer Vasallenbund im Donaubereich ohne regelrechte Kontrolle schaltete und waltete, scheint diesen Zustand jetzt beibehalten zu wollen, und der tschechoslowakische Außenminister Beneš hat sich sogar auffallenderweise gegen eine Lösung der Donaubrage ausgesprochen, der das Deutsche Reich nicht zustimmt. Dahinter scheint die Absicht zu stehen, Tardieu von der weiteren Verfolgung seiner Pläne abzuschrecken. Es zeigt sich, daß Frankreich noch nicht ganz sicher mit den Staaten der Kleinen Entente als Gegengewicht gegen Deutschland rechnen kann. Trotzdem wird Deutschland auf der Hut sein müssen, denn was jetzt im Donaubereich gespielt wird, ist seine eigentliche Sache. Nach Geschichte, wirtschafts- und geopolitischen Gesichtspunkten ist Deutschland der Triskalkulationspunkt für Mitteleuropa. Es wird dafür sorgen müssen, daß Frankreich nicht zum zweitenmal ein unnatürliches Staatsgebilde schafft nur unter dem Gesichtspunkt des eigenen politischen Nutzens.

Frankreich sucht jetzt die Neutralität oder die wohlwollende Zustimmung Italiens und Deutschlands zu seinem Donauplan hauptsächlich durch politische Druck- bzw. Lockmittel zu erreichen: Bei Italien durch Zugeständnisse in der Flotten- und der nordafrikanischen Frage, bei Deutschland durch Entgegenkommen in der Tribut- und Abrüstungsfrage. Unter Vivaldi war die französische Politik romantisch, unter Laval negativ und unter Tardieu hat sie feste aufbauende Formen angenommen. Das aufdringlich große Interesse, das Frankreich am Donauplan hat, ist äußerst verdächtig, denn daß es alle seine Anstrengungen nur macht, um den Donauländern wirtschaftlich zu helfen, das wird auch der ausgesprochenste Verständigungsgegner nicht behaupten wollen. Unter dem frommen Schafspelz der Hilfsbereitschaft, den Frankreich ungenommen hat, guckt nur zu deutlich der Wolf hervor, der auf Beute ausgeht.

Frankreich sucht jetzt die Neutralität oder die wohlwollende Zustimmung Italiens und Deutschlands zu seinem Donauplan hauptsächlich durch politische Druck- bzw. Lockmittel zu erreichen: Bei Italien durch Zugeständnisse in der Flotten- und der nordafrikanischen Frage, bei Deutschland durch Entgegenkommen in der Tribut- und Abrüstungsfrage. Unter Vivaldi war die französische Politik romantisch, unter Laval negativ und unter Tardieu hat sie feste aufbauende Formen angenommen. Das aufdringlich große Interesse, das Frankreich am Donauplan hat, ist äußerst verdächtig, denn daß es alle seine Anstrengungen nur macht, um den Donauländern wirtschaftlich zu helfen, das wird auch der ausgesprochenste Verständigungsgegner nicht behaupten wollen. Unter dem frommen Schafspelz der Hilfsbereitschaft, den Frankreich ungenommen hat, guckt nur zu deutlich der Wolf hervor, der auf Beute ausgeht.

Deutschen Reichsbahn Gesellschaft. Der Reichspräsident hat die Wahl bestätigt.

Die Beratungen über die Finanzen der Reichsbahn ließen den gesteigerten Ernst der Lage erkennen, die sich für die Reichsbahn aus der darniederliegenden deutschen Wirtschaft und der Weltkrise ergibt. Die bisherige Entwicklung der Einnahmen im Januar und Februar 1932 bleibt — mit 42,4 Prozent weniger als in den gleichen Monaten 1929 — noch weit hinter den bisherigen schon sehr ungünstigen Annahmen zurück.

Im Personenverkehr

wurden 19,6 Prozent weniger als im gleichen Zeitabschnitt 1931, und 24,5 Prozent weniger als in 1929 verzeichnet. Noch viel mehr litt der Güterverkehr, bei dem der Rückgang der Einnahmen gegen 1930 über 30 Prozent und gegen 1929 beinahe 50 Prozent ausmachte.